

# Vorerst ein halbherziges Ja für die Bündner Kultur

Die Totalrevision des Kulturförderungsgesetzes bewegt die Gemüter. Wenngleich die Kritik an der Botschaft gross ist, beschloss der Grosse Rat auf die Debatte einzutreten. Heute wird mit der Detailberatung begonnen.

von Madleina Barandun

Manierlich säumten die Grossräte auf dem Weg in den Saal den Aufgang und lauschten dem Ständchen der in grosser Zahl erschienenen Kulturschaffenden und Kulturliebhaber. Anschliessend wurde unter grossem Applaus des Publikums eine Petition mit 3828 Unterschriften an Standespräsidenten Michael Pfäffli übergeben, Nikolaus Schmid, Sprecher der «Kulturlobby Kulturkanton Graubünden», wünschte dem Parlament augenzwinkernd eine «lange Debatte».

**Eintreten oder nicht?**

Diese Hoffnung wurde tatsächlich erfüllt. Erst am Schluss eines langen Nachmittags beschloss das Parlament, mit 84 zu 26 Stimmen, auf die Debatte einzutreten. Zuvor war unter grosser Anteilnahme der kulturinteressierten Öffentlichkeit, ausführlich

über die Botschaft «Totalrevision des Gesetzes über die Förderung der Kultur» diskutiert worden.

Unsicherheit herrschte vor allem darüber, was danach – heute – folgen sollte. FDP-Grossrat Rudolf Kunz wollte das Gesetz kurzerhand zur Überarbeitung zurückweisen. Sein Antrag fand immerhin 52 Befürworter, für 60 andere Parlamentarier war Rückweisung kein Thema.

**Fehlendes Konzept als Mangel**

Dass Graubünden als Kulturkanton wichtig ist, dass Kultur ein wichtiges Standbein für den Kanton ist, dass in unseren 150 Tälern mit drei Sprachen in kultureller Hinsicht viel los ist: Darüber war sich der Grosse Rat fast durchs Band einig.

Auch dass der Entwurf des neuen Gesetzes kein grosser, mutiger Wurf ist, sondern vieles beim Alten bleibt, darüber herrschte Einigkeit. Auseinander gingen die Meinungen jedoch hinsichtlich dessen, wie man nun mit

dem Gesetzesentwurf verfahren sollte. Die Regierung habe sich mit der Ausarbeitung der Botschaft weit aus dem Fenster gelehnt, sagte sinngemäss der Churer CVP-Grossrat Luca Tenchio. «Sie ist jedoch dem Willen des Grossen Rates nicht gefolgt».

Wie viele andere störte sich Tenchio am fehlenden Konzept, das der Grosse Rat von der Regierung ursprünglich verlangt hatte. Nebst Auslegung sollten in einem detaillierten Konzept Ziele, förderungswürdige Kulturpfeiler und konkrete Förderbeiträge aufgelistet werden.

Der zuständige Regierungsrat Martin Jäger kontierte die vielen Kritiker des Gesetzesentwurfs am Schluss der Eintretensdebatte: «Ein Haus baut man von unten nach oben. Sind die Grundlagen im Gesetz einmal fixiert, das Fundament einmal gelegt, erst dann können die Verordnungen erstellt werden.» Er verwies zudem auf das Sportförderungsgesetz, das ähnlich offen formuliert sei und sich im

Alltag in der Vergangenheit sehr bewährt habe.

**Fixe Beträge gefordert**

Ein weiterer Kritikpunkt war die Zurückhaltung der Regierung in der Formulierung konkreter Förderbeiträge. «Nun sitzen wir hier mit schönen Kristallgläsern. Sie sind jedoch nicht gefüllt», meinte die Churer SP-Grossrätin und Kommissionsmitglied Sandra Locher Benguerel, dazu. Die im Gesetz geschaffenen Grundlagen würden sich erst mit erweiterten finanziellen Mitteln auswirken.

Auch CVP-Grossrätin Margrit Darms aus Ilanz forderte Klarheit darüber, für welche Kulturbereiche mit welchen Mitteln, mit welchen Kriterien Fördergelder gesprochen würden: «Die Kulturschaffenden brauchen mehr Planungssicherheit», gab sie zu bedenken. Diese würden oft einen unter- oder gar unbezahlten Einsatz leisten. Auch Institutionen wie Museen bräuchten klare Zusicherungen.

Vier Fragen an ...

## Giovanni Netzer

Intendant  
Origen-Kultur-  
festival, Riom



**1 Herr Netzer, das neue Kulturförderungsgesetz ist mit 60:52 Stimmen nicht an die Regierung zurückgewiesen worden. Haben Sie mit diesem knappen Resultat gerechnet?** Für mich war es im Vorfeld der Abstimmung eine sehr ungewisse Situation. Man hörte bei der Übergabe der Petition und in der Pause sehr unterschiedliche Meinungen. Ich konnte mir nicht wirklich ein Bild machen, was dabei herauskommt. Ich glaube, dass mit der Eintretensdebatte die Anforderungen, die Erwartungen und Befürchtungen klar benannt wurden. Diese stehen im Raum, und darüber kann man nun diskutieren.

**2 Waren Sie davon überrascht, dass sich die Grossräte Andy Kolleger und Karin Niederberger gegen das Eintreten auf das Gesetz aussprachen, obwohl sie Mitglieder im Initiativkomitee des Kulturkantons Graubünden sind?** Für die Kulturschaffenden ist es letztes Endes wichtig, dass es mehr Mittel gibt und Klarheit bei der Verteilung dieser Mittel herrscht. Wie die Wege dorthin genau sind, haben wir als Initiativkomitee nicht vorgegeben. Wir hatten aber den Eindruck, dass ein Rahmenkredit ein guter Weg sein könnte. Der Rahmenkredit hat den Vorteil, dass er sofort gesprochen werden und unmittelbar greifen kann.

**3 Wie gross ist die Chance, dass dieser Rahmenkredit tatsächlich gesprochen wird?** Das ist schwierig, vorherzusagen. Es wird sich dort jedenfalls zeigen, wie ernst es dem Grosse Rat mit der Kulturförderung ist. Das Eintreten auf das Gesetz verhindert jetzt, dass man nur Lippenbekenntnisse macht. Es wird nun darum gehen, Zahlen festzulegen. Ich hoffe, dass das Parlament verstehen wird, dass die Kultur dem Kanton helfen kann, die Zukunft zu bestehen, Perspektiven zu eröffnen. Der Kanton muss der Kultur helfen, damit die Kultur dem Kanton helfen kann.

**4 Ein Kompromiss beim Rahmenkredit scheint unumgänglich zu sein. Mit welcher Lösung könnten Sie leben?**

Die Lösung, dass man für den Rahmenkredit zwölf Millionen Franken für vier Jahre spricht und das Geld den drei grossen Abteilungen – Museen, Musikschulen und professionelle Institutionen – zuteilt, wäre ein guter Kompromiss. Dann könnten diese Organisationen in den nächsten vier Jahren arbeiten. Wenn man gleichzeitig zudem ein sorgfältiges Konzept erstellt und sich dafür Zeit lässt, dann hat man die Chance, am Ende eine klare Strategie zu haben. In vier Jahren kann man das Konzept nochmals im Rat besprechen und verabschieden. Dass man das Konzept erarbeitet, halte ich für sehr wichtig. Die kulturelle Basis-situation hat sich in Graubünden extrem gewandelt, ohne dass man sich Gedanken dazu gemacht hat, welche Schwerpunkte gesetzt werden müssen. Wenn man das nicht macht, dann wird es immer wieder passieren, dass man Gelder mit unzureichenden Kriterien verteilt. Ungerechtigkeiten und Intransparenz wären die Folge.

## Bild des Tages: 3828 Unterschriften für den Kulturkanton Graubünden



Eine geballte Ladung Unterstützung für die Kultur konnte Standespräsident Michael Pfäffli gestern Mittag aus der Hand von Nikolaus Schmid (von rechts) seitens der Bündner Kulturschaffenden entgegennehmen: Eine Petition mit 3828 Unterschriften, die mehr Geld für die Kultur fordert. Bild Marco Hartmann

## Souverän auf beide Seiten ausgeteilt

Standespräsident Michael Pfäffli wächst in seinem Amt zunehmend zu magistraler Grösse an. Einmal mehr hat sich seine Eröffnungsrede der Session gestern wohlthuend abgehoben.

von Reto Furter

Standespräsident Michael Pfäffli, FDP-Grossrat aus dem Oberegg, scheint sich in seinem Amt wohlfühlen. Das zumindest lässt seine Rede erahnen, die er gestern zur Eröffnung der aktuellen Februarsession des Grossen Rates gehalten hat. Pfäffli steht als Standespräsident nicht nur über der zuweilen musealen Bündner Politik, sondern auch über den Niederungen der parteipolitischen Grabenkämpfe. Das ist alles andere als selbstverständlich, nicht selbstverständlich ist auch, dass Pfäffli für sei-

ne Eröffnungsreden von links bis rechts gelobt wird.

**Wirtschaftssystem im Stolpern**

Das Schweizer Wirtschaftssystem beruhe seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf dem System der sozialen Marktwirtschaft, so Pfäffli. Und genau dieses System, das auch durch «die Stärken einer funktionierenden Basisdemokratie» geprägt worden sei, gerate in den letzten Jahren «immer mehr ins Stolpern». Waren politische Lösungen einst breit abgestützt, gründlich diskutiert und durchdacht, machen sich derzeit

unterschiedliche Interessengruppen auf, «einzelne Elemente der sozialen Marktwirtschaft entweder viel stärker zu gewichten oder aber aus dem System zu entfernen». Zudem werde versucht, neue, zusammenhanglose Elemente in das Schweizer Wirtschaftssystem einzufügen.

Wer war gemeint, wenn auch nicht namentlich erwähnt? Linke und gewerkschaftliche Kreise, welche die höchsten Löhne in ein getriggertes Verhältnis zu den tiefsten setzen wollten (und vor dem Volk scheiterten). Idealistische Denker, welche Einkommen nicht länger an eine Arbeit

knüpfen wollten, sondern bedingungslos ausrichten möchten (und damit ebenfalls scheiterten).

Und, auf der anderen Seite, «marktmächtige Unternehmen oder Personen», die durch «kraftvolle Auftritte» Partikularinteresse durchsetzen wollten. Die SVP, welche mit der Masseneinwanderungsinitiative «ein gut eingeführtes und letztlich erfolgreiches Wirtschaftsmodell über den Haufen» werfen wollten.

Deutliche Worte also im Grosse Rat! Zu wünschen ist Pfäffli, dass sie das Parlament nicht nur gehört, sondern auch verstanden hat.